

51 Prozent

Wie nennt man einen Mann ohne Sixpack?



Nicole Althaus

Der Sommer 2017 hat anders begonnen als viele vor ihm. Er kam früher, vor allem aber kam er leise. Diesmal fehlte der Sturm der Entrüstung, der bisher steigende Temperaturen begleitete und in dessen Zentrum stets der genormte Frauenkörper stand. Man erinnere sich etwa an die «Are You Beach Body Ready»-Debatte, die den Londoner Bürgermeister im Juni 2016 dazu bewog, Werbung, die «unrealistische Körpererwartungen» schürt, aus dem öffentlichen Transportnetz der Stadt zu verbannen.

Heuer trübt kein Wölkchen den feministischen Sommerhimmel. Dafür gestand jüngst der Schauspieler Sam Claflin («Hunger Games») in einem Interview, sich auf dem Set öfter zu «einem Stück Fleisch» reduziert zu fühlen. Zwei Wochen später präsentierte Spielzeughersteller Mattel den generalüberholten Ken, den Mann von Barbie, den es nun auch in einer korpulenten und einer schwächeren Version gibt. Und letzte Woche meldete «20 Minuten», dass sich junge Männer ohne ordentliches Sixpack nicht mehr in die Badi trauten. Über den Beitrag, in dem

Schweizer Experten vor einer Zunahme von Essstörungen bei jungen Männern warnten, wurde auf dem Portal rege diskutiert. Unrealistische Körperideale, das liess sich aus vielen Kommentaren herauslesen, verunsichern mittlerweile auch das starke Geschlecht.

Die Debatte um Body-Shaming, das Blossstellen wegen des Körpers, hat endgültig den Mann erreicht. Das ist - entgegen der Meinung einzelner Feministinnen - weder gerecht noch ausgleichend. Es beweist nur, was in Sexismus-Diskussionen gern vergessen geht: Unter Stereotypen leiden nicht nur Frauen. Und gefallen wollen beide Geschlechter. Der Unterschied ist nur, dass die Omnipresenz von gestählten Männertorsos auf Werbeplakaten ein sehr viel jüngeres Phänomen ist als die Tyrannei perfekter Bikini-Figuren. Umso schwerer fällt es, ein Vokabular zu finden, um über männliche Körperformen jenseits des gesellschaftlichen Ideals zu sprechen.

Das zeigt Mattels Sprachregelung für die Lancierung des politisch korrekten Ken: Wie, um Himmels willen, soll man eine Puppe ohne Sixpack bloss nennen, ohne einen Sturm der Entrüstung auszulösen? Bei der Barbie, die ein Jahr zuvor mit realistischerem Body-Mass-Index auf den Markt kam, war das einfacher. Hatte man sich doch in den Jahrzehnten, in denen ununterbrochen über Frauen und ihre Körper debattiert wurde, auf das beinahe universal gültige Wort «curvy» geeinigt, um Frauen zu beschreiben, die nicht in die Kleidergrösse 34 passen. Rundungen sind im Gegensatz zu Fettpolstern



Für Männer gibt es keine allgemein akzeptierte Umschreibung für Hüftspeck und Bäuchlein.

sozial akzeptiert, und es schwingt im Wort «kurvig» das bisschen Sexiness mit, das nötig ist, um es mehrheitsfähig zu machen. Für Männer gibt es keine allgemein akzeptierte Umschreibung für Hüftspeck und Bäuchlein. So testete die Kommunikationsabteilung von Mattel zuerst die Begriffe «husky» und «brawny», die man auf Deutsch am ehesten mit «pummelig» und «stämmig» übersetzt. Beide fielen bei den Tests mit potenziellen Kunden grandios durch. Die Probanden fühlten sich unangenehm an Hänseleien aus Kindertagen erinnert. Also einigte man sich auf das Adjektiv «broad», was so viel wie «kräftig» heisst und so wenig körperspezifisch ist, dass man damit auch das Heck eines Subaru beschreiben kann.

Broad Ken zeigt die Sprachlosigkeit unserer Gesellschaft in Sachen suboptimaler Männerkörper. Jenseits des Waschbrettbauchs fehlen uns die Worte, die nicht stigmatisieren. Das erklärt die weltweite Umarmung des englischen Begriffs «dad bod». So nannte 2015 eine Studentin die untrainierten, aber durchaus sexy Körper ihrer Bekannten. Der *dad bod* wurde im Internet zum Knüller und zum Hashtag, unter dem Männer bis heute ihren Bauchansatz feiern. Er steht für die bitter nötige Prise Humor, die der Debatte über Body-Shaming bisher gefehlt hat. Denn Humor ist das einzige Rezept, um der Realität, ja, um selbst hartnäckiger Cellulite auf den Leib zu rücken.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Die Maschine bestimmt den Unfall



Markus Felber

Schiffe und Flugzeuge verfügen seit langem über Autopiloten. Seit 2008 ist in Lausanne eine sechs Kilometer lange Metro-Linie in Betrieb, die ohne Personal im Zug und an den 14 Stationen weitgehend reibungslos läuft. Und bald können auch Autofahrer das Steuer aus der Hand geben.

Es dauerte hier etwas länger, weil sich im Strassenverkehr wesentlich komplexere technische, vor allem aber ethische und rechtliche Probleme stellen. Einfach zu beantworten ist die Frage der Zulässigkeit. Sobald solche Systeme weniger Unfallschäden verursachen, sind sie zuzulassen. Und lenkt der Autopilot der-einst deutlich sicherer als der Mensch, müsste herkömmliches Autofahren als zu gefährlich verboten werden.

Sehr viel heikler ist die Frage, wie solche Systeme im Hinblick auf Dilemma-Situationen programmiert werden müssen. Dass ein Vorgarten verwüstet oder ein Hund überfahren werden muss, um ein Menschenleben zu schützen, liegt ethisch auf der Hand. Wie aber ist es, wenn von zwei Menschen nur einer den Unfall überleben kann? Muss die Technik dann die Grossmutter zugunsten des Enkels opfern? Die vom deutschen Verkehrsminister eingesetzte Ethikkommission vertritt in ihrem jüngst vorgelegten Bericht die Auffassung, dass jede Unterscheidung nach persönlichen Merkmalen wie Alter oder Geschlecht «strikt untersagt» sei. Ob diese Wertung von der Gesellschaft mitgetragen wird, bleibt abzuwarten. Stark umstritten ist auch die Frage, ob der Sicherheit der Insassen Vorrang gegeben werden darf oder ob das Auto zugunsten eines Fussgängers an die Wand gefahren werden muss.

Solche Überlegungen kann sich der herkömmliche Lenker gar nicht machen, weil er in Sekundenbruchteilen reagieren muss und das meist instinktiv tun wird. Es wäre daher nicht völlig abwegig, bei automatischer Fahrt in einer Dilemma-Situation den Entscheid zwischen zwei Menschenleben dem Zufallsgenerator zu überlassen.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Natürlich will das globale Kapital an unsere Immobilien!»

Die Ausländerdebatte einmal anders: Geht es um Grundeigentum, verlangt

Jacqueline Badran schärfere Regeln. Für Gregor Rutz tut es das heutige Gesetz

Gregor Rutz

«Null Verständnis für Lex-Koller-Pläne», titelte die NZZ am Freitag, weil etliche Unternehmen und Wirtschaftsverbände in einer Vernehmlassung gegen eine Revision des Gesetzes über Grundstückwerb durch Ausländer sind. Es bestehe kein Grund für eine Reform, die im Übrigen nur Bürokratie, Kosten und Probleme für die Wirtschaft verursache. Sogar der schweizerische Verband der Pensionskassen kritisiert den Gesetzesentwurf, weil er gegen die Interessen der Versicherten sei. Kurzum: Wäre jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um Ihre Forderungen zurückzuziehen, liebe Frau Badran?

Jacqueline Badran

Die Vernehmlassungsantworten sind das Ergebnis einer millionenschweren Lobby-Kampagne, angeführt von börsenkotierten Immobilienunternehmen, den einzigen Nutznießern. Dass aber gewisse Verbände auf deren Geschwätz hereingefallen sind, macht mir grosse Sorgen. 2005 hat man auf Bestellung der Mobimo-Eigentümer dem globalen Kapital den indirekten Zugang zu unseren Wohnimmobilien erlaubt, durch Anlagen bei börsenkotierten Immobiliengesellschaften. Dabei hatten wir damals schon Anlagenotstand; unsere Pensionskassen wissen ja nicht, wohin mit dem Geld. Wenn man aber ein knappes Angebot an bebaubaren Grundstücken hat, lässt man doch nicht noch mehr Kapital in den Markt, der um die knappen Grundstücke buhlt! Darum sind die Immobilienpreise explodiert. Das schmälert die Renditen der Pensionskassen und übt Druck auf die Mieten aus. All das ist schädlich für unsere Volkswirtschaft.

Gregor Rutz

Nun übertreiben Sie aber masslos. Vernehmlassungsantworten, liebe Frau Badran, sind Stellungnahmen von Verbänden und Unternehmen. Es gehört zur direktdemokratischen Tradition unseres Landes, dass Branchen, Unternehmen, aber auch Parteien und Kantone angehört werden, bevor eine Gesetz-

Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

revision vorgenommen wird. Diese Antworten muss man respektieren - ob sie einem passen oder nicht. Dass diese Stellungnahmen Teil einer «Lobby-Kampagne» seien, ist eine böswillige Unterstellung und zeigt eigentlich nur, dass Sie das Vernehmlassungsverfahren nicht ernst nehmen. Zu meinen, hinter jedem Baum warte ein ausländischer Investor, welcher uns Immobilien wegkaufen wolle, scheint mir doch etwas gar panisch. Ich kann es nur wiederholen: Der Hauptgrund für die steigenden Immobilienpreise liegt bei der hohen Nachfrage nach Wohnraum. Hier akzentuiert sich das Zuwanderungsproblem - das ist der Punkt! Statt die Masseneinwanderung zu unterbinden, fordern Sie bürokratische Massnahmen und unnötige Gesetze. Zu tun wäre anderes: Wir müssen endlich die Zuwanderung in den Griff kriegen und gleichzeitig bürokratische Auflagen für den Bau- und Immobiliensektor streichen. Andernfalls werden die Immobilienpreise weiter steigen.

Jacqueline Badran

Unsinn - das Angebot an Wohnungen hat mit der massiv steigenden Nachfrage mithalten. Im Gegenteil, wir haben leicht steigende Leerwohnungsziffern, und trotzdem sind die Mieten laut einer Studie von Raiffeisen um 40 Prozent zu hoch und die Preise so gestiegen, dass sich nur noch 10 Prozent der Bevölkerung Wohneigentum leisten kann. Natürlich will das globale Kapital an unsere Immobilien! Sie sind wertbeständig, ertragssicher, inflationsgeschützt. Unsere Währung ist stabil, und die staatlichen Investitionen in unsere Infrastruktur fließen reichlich. Das anonyme ausländische Kapital will sein Portfolio diversifizieren. Schon Milliarden sind so zusätzlich in die Schweiz geflossen und setzen erst noch unsere Währung unter Druck. Und hören Sie auf mit dem Quatsch von Bürokratie. Erstens sind wir sehr gut gefahren mit der scharfen Lex Koller vor den Aufweichungen. Zweitens gibt es weniger, nicht mehr Bürokratie: Man muss nicht mehr zwischen Geschäfts- und Wohnimmobilien

unterscheiden, und die Immobilienfirmen müssen nicht ständig nachweisen, dass sie nicht ausländisch beherrscht sind. Andere Länder, in denen das globale Kapital die Immobilienpreise explodieren liess, suchen händeringend nach Regulierungen. Kanada hat eben eine Strafsteuer auf ausländisches Immobilienkapital beschlossen. Australien verbietet den Verkauf von Landwirtschaftsland, weil die Chinesen alles aufkauften. Wir hatten Jahrzehnte lang eine perfekte Regelung. Die sollen wir nun aufs Spiel setzen?

Gregor Rutz

Wir setzen nichts ausser Kraft, aber wir wollen keinen Leerlauf einführen, darum geht es. Der Anteil ausländischer Investoren ist relativ klein. Dieses Risiko überschätzen Sie deutlich. Bei den Pensionskassen, aber auch bei Genossenschaften oder Stiftungen in öffentlicher Hand ist es etwas anders - hier manifestiert sich ein gewisser Anlagenotstand. Dies aber rührt daher, dass es immer mehr Leute hat in der Schweiz, die irgendwo wohnen und arbeiten müssen. Ich kämpfe auch dafür, dass der Erwerb von Wohneigentum erschwinglich bleibt. Das ist sogar ein Verfassungsauftrag. Dann müssen Sie aber bei der Masseneinwanderung und der Regulierungsflut ansetzen. Das sind Hauptfaktoren - ob es Ihnen passt oder nicht.

Jacqueline Badran

Ich will keine neuen Gesetze. Ich will nur die Aufweichungen der Lex Koller seit 1998 rückgängig machen, die alle gescheitert sind. Sie haben der Bevölkerung nur Schaden und null Nutzen gebracht. Dass die Lockerungen Fehler waren, hat mir selbst Christoph Blocher zugegeben, der sie 2005 als Justizminister ja zu verantworten hatte. Das Gut Wohnen darf niemals zur x-beliebigen Anlegerkategorie für das globale Kapital werden. Immobilien müssen den Menschen gehören, die hier wohnen und geschäften. Sie können dem Ausverkauf unserer Heimat schon tatenlos zuschauen. Ich werde das nicht tun und unsere Bevölkerung auch nicht.

Strittis Schlagzeile

Zum Verzicht auf die Verteilaktion von Koranen in Zürich.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GJK in Zürich.